

22./XII. 1916

127

Die Beamten der *Riunione Adriatica di Sicurtà* befinden sich in einem schweren Lohnkonflikt mit der Direktion dieser Versicherungsanstalt. Es ist allgemein bekannt und erst kürzlich hat der Minister a. D. Franz Klein in seiner Ansprache bei der Tagung der Oesterreichischen Richtervereiniguna dies hervorgehoben, daß die Festbesoldeten am schwersten unter der Kriegsteuerung leiden. Staats- und Kommunalbehörden und alle einsichtigen Unternehmer erleichtern daher ihren Beamten durch entsprechende Teuerungszulagen das Durchhalten in dieser schweren Zeit. Die *Riunione Adriatica* bildet hierin eine bedauernswerte Ausnahme. Sie hat den Krieg benützt, um zunächst am 1. Jänner 1915 die gegenüber dem Verein der Versicherungsangestellten Oesterreichs vom Generaldirektor der Anstalt Herrn Hofrat v. Kriehessy schriftlich mit Brief vom 11. April 1914 übernommene Verpflichtung, alle Gehälter unter 5000 Kronen um 5% zu erhöhen, einseitig aufzuheben. Aber sie hat auch, obwohl als eine der führenden österreichischen Anstalten, zur besondern Fürsorge für ihre Beamtenschaft moralisch verpflichtet, die Friedensgehälter bis zum Oktober 1915 nicht erhöht und seither nur zögernd und in unzureichendem Ausmaß Teuerungszulagen gewährt. Zuletzt bezogen die *Riunione*-beamten eine Zulage von 13 bis 20% ihrer Friedensbezüge, die natürlich völlig unzulänglich waren gegenüber einer 200 bis 300% igen Verteuerung aller Lebenserfordernisse. Als sich nun die Beamtenschaft der Anstalt in Oesterreich und Ungarn mit der Bitte an ihre Direktion wandte, ab 1. Jänner 1917 die Teuerungszulagen entsprechend zu erhöhen, geschah etwas bisher in der Versicherungsbranche Unerhörtes. Die Direktion der *Riunione* beantwortete das Gesuch ihrer Beamten damit, daß sie die Teuerungszulage 1917 um ein Fünftel herabsetze (!). Also statt Erhöhung — Reduktion. Die Beamtenschaft der *Riunione* in Wien, Budapest, Graz und Lemberg hat daraufhin die Empfangnahme der am 15. d. M. fällig gewesenen ersten Rate pro 1917 einhellig verweigert. Sie nimmt den ihr aufgezwungenen Kampf auf, da alle friedlichen Mittel angesichts einer so brüsten Stellungnahme erschöpft sind. Eine Gesellschaft, deren Aktien nicht einmal zu haben sind, hätte eine derartige Stellung nicht notwendig!